



Berlin-Express

Nr. 4

Inhaltsverzeichnis:

<u>Inhaltsverzeichnis:</u>	Seite
Erneuerbare Energien	2
Passivrauchen	2
Rollentausch	3
Termine	3
Petitionsausschuss	4
Parlamentsdeutsch	4

Impressum:

V.i.S.d.P.
 Martin Burkert, MdB
 Redaktion:
 Birgit Metzler, Bettina Zauhar
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
www.martin-burkert.de

Bilder: Bundestag (1),
www.pixelquelle.de (2), Bettina
 Zauhar (1)

Liebe Genossinnen und
 Genossen,
 Liebe Leserinnen und
 Leser,

Sommerpause und Ferienzeit sind sicher auch für Sie nur noch ferne Erinnerungen. In Berlin hat ein turbulenter Herbst mit vielen heißen Kontroversen begonnen. Ich nenne nur die Stichworte Armutskrise und Gesundheitsreform. Auch das Thema „Rente mit 67“ hat nun den Weg durch die Instanzen der Gesetzgebung angetreten. All dies wird uns noch lange Zeit beschäftigen.

Meine Arbeit in Berlin gilt nach wie vor dem Ziel, den schwierigen Börsen-

gang der Bahn so zu gestalten, dass die legitimen Interessen der Beschäftigten keinen Schaden nehmen. In meiner Eigenschaft als ordentliches Mitglied im Umweltausschuss konnte ich helfen, im Biotreibstoffquotengesetz die Interessen von Umwelt, Produzenten und Verbrauchern gegenüber der Finanzpolitik zu wahren. Das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz, das wir ebenfalls letzte Woche verabschiedet haben ist ein wesentlicher Fortschritt für die Verbreitung der umweltfreundlichen Windenergie. Mehr dazu auf Seite 2. Außerdem finden Sie den neuesten Stand zum Thema Pas-

sivrauchen, Informationen über die Arbeit des Petitionsausschusses und den



Bericht über einen Rollentausch, der mir sehr viel Freude gemacht hat.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und eine gute Zeit
 Ihr

Martin Burkert

Erneuerbare Energie Wichtige Weichen gestellt

In der letzten Oktoberwoche haben wir im Bundestag einen wichtigen Grundstein dafür gelegt, den Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch deutlich zu steigern. Das Ziel von 30 % im Jahr 2020 ist in greifbare Nähe gerückt.



Biokraftstoffe werden in weniger als zehn Jahren bei uns einen Marktanteil von 10 % haben. Dafür sorgt das **Biotreibstoff-**

quotengesetz. Es schafft Planungssicherheit für Investoren und die Voraussetzung für mehr Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Zugleich legen wir Kriterien für eine nachhaltige Erzeugung fest. Wir verhindern damit, dass tropische Regenwälder abgeholzt werden, um Platz für den Anbau von Palmölplantagen zu schaffen.

Mit dem **Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz** forcieren wir den Ausbau der Windenergie auf See. Konkret verpflichten wir die Netzbetreiber,

den Netzanschluss für Windparks sicher zu stellen, wenn mit deren Bau vor dem 31. Dezember 2011 begonnen wird. Ähnliches gilt für die unterirdische Netzanbindung von Anlagen Binnenland nahe der Küste. Damit haben wir zwei wesentliche Hemmnisse beseitigt, die die zügige Erschließung von Potenzialen für umweltfreundliche Windenergie bislang behindert haben.

Die Weichen sind gestellt für mehr Erneuerbare Energien, weniger Importabhängigkeit und ein deutliches Plus an Arbeitsplätzen.

Passivrauchen Gesetzlicher Schutz soll kommen

Passivrauchen schadet der Gesundheit. Deshalb sollte Zigarettenkonsum künftig nicht nur in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, sondern auch in der Gastronomie tabu sein. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich wie die meisten meiner Fraktionskolleginnen und —kollegen meine Unterschrift unter den interfraktionellen Gruppenantrag gesetzt, den drei von uns im Sommer initiiert haben.

Viele MdBs anderer Fraktionen haben sich uns angeschlossen. Doch leider hat unser Koalitionspartner für eine tragfähige

Mehrheit nicht gut genug mitgezogen.

Strittig ist vor allem ein Rauchverbot in der Gastronomie. Meiner Ansicht nach können die Argumente der Gegner nicht überzeugen. Dass dadurch Arbeitsplatzverluste für Mitarbeiter in gastronomischen Betrieben drohen, konnte nicht schlüssig nachgewiesen werden. Dass Raucher sich unter Umständen diskriminiert fühlen, verstehe ich. Aber was ist mit den Nichtrauchern, die dem Qualm derzeit noch schutzlos ausgesetzt sind? Deren Beeinträchtigung wiegt, so meine ich, schwerer.

Um den Nichtraucherschutz voranzubringen,

sind die die Spitzen der Koalitionsfraktionen überein gekommen gemeinsam mit den Ministerien für Gesundheit und Verbraucherschutz schnellstmöglich einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Dies ist



noch besser als ein Gruppenantrag. Besonders wichtig ist dann allerdings auch, dass unser Koalitionspartner sich dem hohen Gut des Gesundheitsschutzes für Menschen in der Arbeitswelt nicht verschließt.

Rollentausch MdB im Schulpraktikum

Wie sieht der (Schul-) Alltag von Südstadtkindern aus? Welche Sorgen und Nöte haben Erzieherinnen in der Jugendhilfe? Was denken Eltern über unsere Familienpolitik?

Diese Fragen kamen mir, als mich die Ganztagsbetreuung des Sigena-Gymnasiums zu einem Schnupperpraktikum einlud. So habe ich am 13. Oktober einen Nachmittag lang mitgearbeitet: Das bedeutete Essen ausgeben, spielen, aufräumen und zuhören, wenn die Kinder vom Schulalltag erzählten. Nur vor den Hausaufgaben habe ich mich gedrückt!

Die Ganztagsbetreuung ist in einer finanziell besonders schwierigen Situation, wie die Erzieherin Steffi Gräbner erzählte. Das Jugendamt kann die



Einrichtung nicht bezuschussen und viele Eltern sind nicht in der Lage, die monatlichen Kosten von 90,- Euro zu stemmen, obwohl der dringende Bedarf besteht. Viele Kinder kommen aus Familien mit Migrationshintergrund und so besteht z.B. beim Erlern

der Fremdsprachen oft ein doppeltes Sprachproblem. Einige Familien sind von der AEG-Schließung unmittelbar betroffen und können deshalb die Kosten nicht mehr tragen. Die Erzieherinnen sind aber sehr engagiert und wollen bei umliegenden Unternehmen Stipendien akquirieren. Diese Initiative unterstütze ich voll und ganz: Patenschaften können jederzeit übernommen werden und sind wirklich sinnvoll, weil damit die Integration der Kinder gefördert und ihr Zugang zur Bildung verbessert wird!

Meine Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro, Bettina Zauhar, gibt gerne Auskunft.

Termine (Auswahl):

30.10. 18:15 h
Bürger-Express, Fischbach



31.10. 14:30 h
AG 60 Plus, Schwabach,

02.11. 09:30 h
BR-Versammlung Instandsetzung Süd,
Genossenschaftssaalbau Bauernfeind

04.11. 10:00 h
Kaninchenzuchtverein Goggerer
Am Kuhweiher

05.11. 11:00 h
Politischer Frühschoppen BR,
Bratwursthäusle

06.11. 18:00 h
Fraktionsoffener Abend,
„Enduring Freedom“, Berlin

07.11. 19:30 h
Freistaatsfeier Bayern, Berlin

08.11. 14:00 h
Treffen der politisch aktiven Mitarbeiter
der DB (Thema: Börsengang), Berlin

09.11. 09:30 h
SPD-AG Kapitalprivatisierung d. Bahn,
Berlin

10.11. 19:30 h
Jahresempfang
SPD Langwasser

11.11. 19:30 h
Schafkopfturnier Schwabach
(Schirmherrschaft)

02.11. 17:00 h
Bürger-Express, Gebersdorf



15.11. bis 17.11.
SPD-AfA-Klausur Betriebsgruppe
Bahn, Ortenburg

23.11. 10:30 h
Beirat, Mobifair, Frankfurt

Für die Bürger da Der Petitionsausschuss

Jeder Bürger, der ein Anliegen an die Politik hat, kann sich damit an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages



wenden. Kürzlich hat er seinen Jahresbericht 2005 vorgelegt (Foto).

Insgesamt 22.144 Petitionen wurden eingereicht. Die meisten aus der Hauptstadt Berlin. Aus dem Saarland kamen dagegen die geringste Zahl.

Die Abgeordneten stellen

fest, dass immer mehr Menschen sich mit Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss wenden. 2005 wuchs die Zahl um 23 Prozent gegenüber 2004.

Insgesamt 16.648 Eingaben konnte der Ausschuss abschließend behandeln. Die Bandbreite der Anliegen ist groß: Probleme bei der Renten- oder Arbeitslosengeld-II-Berechnung, fehlender Krankenversicherungsschutz oder die Unterstützung von Asylsuchenden sind ebenso Anlass für Petitionen wie der Wunsch, konstruktive Vorschläge zur Gesetzgebung zu unterbreiten.

Zusätzlich sind jene Bürgeranliegen ins Blickfeld gerückt, die im Internet

eine große Unterstützung erfahren: Die so genannten öffentlichen Petitionen. Sie wurden 2005 gemeinsam mit den Petitionen per E-Mail neu eingeführt. Dies geschah in erster Linie auf Betreiben der SPD. Das Neue daran: Petenten können ihre Petition beim Petitionsausschuss für die Öffentlichkeit lesbar im Internet einstellen lassen. Interessierte haben die Möglichkeit, sie ebenfalls zu zeichnen und in Diskussionsforen sechs Wochen lang zu diskutieren.

Neu seit 2005 ist auch, dass für Sammel- oder Massenpetitionen, die von mehr als 50.000 Bürgern unterstützt werden, eine Anhörung des oder der Petenten im Ausschuss vorgesehen ist.

Parlamentsdeutsch

Namentliche Abstimmung. Sie wird bei politisch umstrittenen Fragen vorgenommen, wenn eine Fraktion oder mindestens 5 % der Abgeordneten dies verlangen. Dafür haben die MdB's Stimmkarten mit dem Aufdruck des Namens und der jeweiligen Fraktion. Blaue Karten bedeuten „Ja“, rote „Nein“ und weiße „Stimmhaltung“. Die Karten werden in dafür aufgestellte Urnen geworfen und von den Schriftführern und Schriftführerinnen gezählt. Der Sitzungspräsident oder die Sitzungspräsidentin verkünden das Ergebnis. Eine namentliche Abstimmung ist unzulässig über die Stärke von Ausschüssen, die Abkürzung von Fristen, Sitzungszeit und Tagesordnung sowie über die Vertagung von Sitzungen bei Aufschub der Aussprache.



Für Sie im Reichstag:

**Parlamentarier Martin Burkert
und Praktikant David Reimann
aus Schwabach**